2026 – Ein Jahr der Umbrüche für die Energiewende

Jan-Oliver Heidrich und Dirk Mithöfer, Geschäftsführer bei EHA, sprechen aus zwei unterschiedlichen Blickwinkeln im gemeinsamen Interview über zentrale Weichenstellungen der Energiepolitik und erläutern, welche Entwicklungen Unternehmen im Jahr 2026 im Blick behalten sollten.



Die Energiewirtschaft startet 2026 mit großen Erwartungen – und offenen Fragen

Regulatorische Entscheidungen, neue Marktmechanismen und steigende Anforderungen an Sicherheit und Digitalisierung prägen den Rahmen.

Politische Rahmenbedingungen

Herr Heidrich, welche großen Themen prägen aus Ihrer Sicht das Jahr 2026 in der Energiewirtschaft?

Jan⊗Oliver Heidrich: 2026 wird ein Jahr der Umbrüche – sowohl regulatorisch als auch energiewirtschaftlich. Wir sehen mit dem Agnes-Prozess der Bundesnetzagentur eine Neuordnung der Finanzierung der Energiewende bis 2029. Zentrale Themen sind dabei die Diskussion um Einspeiseentgelte für erneuerbare Energien sowie die Einführung dynamischer Netzentgelte.

Außerdem wird die Diskussion um die gerechte Verteilung der Netzentgelte deutlich an Schärfe gewinnen. Die Bundesnetzagentur möchte, dass Netzentgelte sowohl eine Finanzierungs- als auch eine Anreizwirkung haben. Ich sehe die Anreizwirkung aber eher im Markt, nicht in den Netzentgelten. Am Ende geht es um die Grundfrage: Wer trägt die Kosten der Energiewende?

Warum ist die Verteilung der Netzentgelte so umstritten?

Jan⊗Oliver Heidrich: Weil wir einen großen Finanzierungsblock haben, der gedeckt werden muss. Alles, was wir als „Anreizwirkung" in die Netzentgelte packen, ist am Ende eine Umverteilung. Die Frage ist: Soll die Finanzierung zentral über die Konsumenten erfolgen, obwohl die Energiewirtschaft immer dezentraler wird? Das ist eine der Kernfragen für 2026.



Jan-Oliver Heidrich, EHA-Geschäftsführer und Vorsitzender Energieausschuss beim Handelsverband Deutschland (HDE)

Strompreise und Versorgung: Erwartungen und Realität

Während Herr Heidrich die politischen Weichenstellungen beschreibt, richtet Dirk Mithöfer den Blick stärker auf die operative Realität vieler Unternehmen – insbesondere im Handel. Dort hoffen viele Unternehmen auf sinkende Strompreise. Als zentrale Frage bleibt hier: Wie realistisch ist diese Erwartung für 2026?

Dirk Mithöfer: Die Hoffnung ist verständlich, greift aber zu kurz. Zwar sehen wir eine gewisse Stabilisierung der Großhandelspreise, unter anderem durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Erzeugung. Für Unternehmen entscheidend ist jedoch nicht der Börsenpreis allein, sondern die gesamte Stromkostenstruktur.

Netzentgelte, CO⊗⊗Kosten und regulatorische Vorgaben bleiben relevante Preistreiber bei den Energiepreisen. Staatliche Zuschüsse können kurzfristig entlasten, ersetzen allerdings keine dauerhafte strukturelle Lösung. Für viele Handels⊗und Dienstleistungsunternehmen bedeutet das: Strom bleibt ein relevanter Kostenfaktor – auch ohne neue Preisschocks.

Sie sprechen dabei von strukturellen Lösungen. Was fehlt dem Stromsystem aktuell, um Preise dauerhaft zu stabilisieren?

Dirk Mithöfer: Wir brauchen einen breiter aufgestellten Kraftwerkspark, der Versorgungssicherheit auch dann gewährleistet, wenn erneuerbare Energien nicht liefern. Der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik ist richtig und notwendig,

reicht dafür allein aber nicht aus.

Deshalb sind neue steuerbare Kapazitäten entscheidend – insbesondere moderne, wasserstofffähige Gaskraftwerke. Nach aktueller Planung werden erste Anlagen ab 2031 in Betrieb gehen. Bis dahin bleibt das System angespannt. Ohne diese Brücke riskieren wir Versorgungslücken, die am Ende wieder preistreibend wirken.



Dirk Mithöfer, EHA-Geschäftsführer

Gesetzliche Änderungen: Was 2026 konkret bringt

2026 bringt nicht nur neue Impulse für Markt- und Förderlogiken, sondern auch spürbar strengere Anforderungen an die digitale Resilienz von Unternehmen. Wir haben beide Geschäftsführer gefragt, welche Neuerungen jetzt besonders relevant werden.

Jan⊗Oliver Heidrich: 2026 sehen wir wichtige Schritte.

- EnWG: V2G/V2H (Vehicle-to-Grid/Home), also das E-Auto als Stromspeicher, wird durch die EnWG⊗Novelle ab 2026 wirtschaftlich möglich.
- Auf der Förderseite prägt uns zweierlei: Erstens greift die EEG⊗Novelle 2025 – etwa mit Nullvergütung bei negativen Preisen und einer präziseren Viertelstundenabrechnung; vieles davon wirkt 2026 voll in der Praxis. Zweitens läuft die EU⊗Genehmigung des aktuellen Fördersystems zum 31.12.2026 aus.
- Parallel wird die Einführung eines Kapazitätsmarkts ab 2028 konkretisiert, um Versorgungslücken zu schließen. Die Ausgestaltung (zentral/dezentral/hybrid) ist allerdings noch unklar.

Dirk Mithöfer: Die neue NIS⊗2⊗Richtlinie stärkt die Cybersicherheit in der Energiewirtschaft, besonders der Sektoren der kritischen Infrastruktur (KRITIS), zu denen auch wir zählen. Sie verlangt klare Prozesse und Notfallkonzepte statt einzelner technischer Maßnahmen. Für unsere Kunden heißt das: ihre Versorgung bleibt auch in kritischen Situationen zuverlässig und sicher, da wir unsere Systeme widerstandsfähiger machen. Sicherheit wird so zu einem echten Qualitätsversprechen.

2026 bringen nicht nur digitale Vorgaben mehr Druck, sondern

auch strengere Anforderungen an Gebäude und Effizienz. Was bedeuten die verschärften GEG⊗Regeln, die erweiterten GEIG-Pflichten für Ladeinfrastruktur und die EnEfG⊗Deadline im Juni 2026 konkret für Unternehmen – insbesondere im Handel?

Dirk Mithöfer: Alle drei Regelwerke erhöhen 2026 ganz klar die Verbindlichkeit. Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) setzt höhere Effizienzstandards und zwingt Unternehmen dazu, ihre Gebäudestrategie konsequenter zu planen – vor allem im Bestand, wo Sanierungsentscheidungen nicht mehr beliebig aufgeschoben werden können.

Parallel dazu fordern die verschärften Quoten des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes (GEIG) – insbesondere durch die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie bis Mai 2026 – einen Ausbau der Ladeinfrastruktur an den Standorten. Flankiert wird dies durch das Energieeffizienzgesetz (EnEfG), bei dem im Juli die Frist zur Einführung eines Umwelt- oder Energiemanagementsystems abläuft.

Für Unternehmen heißt das: Sie brauchen belastbare Verbrauchsdaten, klare Prioritäten und einen strukturierten Maßnahmenplan. Gerade mit vielen Standorten wird Effizienz damit weniger ein Projekt und mehr ein dauerhafter Managementprozess. Wer das frühzeitig ordentlich aufsetzt, kann die Regulierung nutzen, statt nur darauf zu reagieren.

Energiepolitisches Zieldreieck und die Rolle der Speicher

Die neuen Regeln entfalten ihre Wirkung immer im Kontext des energiepolitischen Zieldreiecks. Vor allem der Konflikt zwischen Ausbau, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit verschärft sich. Herr Heidrich, wie ordnen Sie diese Entwicklungen in das energiepolitische Zieldreieck ein?

Jan⊗Oliver Heidrich: Alle drei Seiten des Zieldreiecks – Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit – müssen weiterhin gleichmäßig betrachtet werden. Es bringt nichts, ambitionierte Ausbauziele festzulegen, wenn die dafür benötigte Netzinfrastruktur fehlt. Wir müssen weg von rein politischen Zielzahlen, die dann an der Physik scheitern.

Welche Rolle spielen Speicher in diesem Kontext?

Jan⊗Oliver Heidrich: Speicher sind wichtig für die Systemstabilität und die Integration fluktuierender Erzeugung, aber heute agieren viele Projekte nur nach Marktsignalen und nicht nach Netzsignalen. Das kann lokale Netze zusätzlich belasten.

In den letzten beiden Jahren führte der Boom an Netzanschlussbegehren für Speicher bei den Netzbetreibern zu Engpässen, was wiederum zu Verzögerungen bei der Genehmigung von Erneuerbaren-Energien-Anlagen geführt hat.

Diese neuen Speicher werden aber in den meisten Fällen nicht netzdienlich genutzt, sondern für Spekulation am Markt.

Meine klare Position: Speicher gehören ins Netz und müssen

netzdienlich betrieben werden.

Messwesen: Transparenz, Verlässlichkeit und neue Spielräume

Der Smart⊗Meter⊗Rollout nimmt 2026 spürbar Fahrt auf. Was bedeutet dieser Umsetzungsschritt konkret für Ihre Kunden – und welche Rolle spielt dabei ein wettbewerblicher Messstellenbetreiber?

Dirk Mithöfer: 2026 wird auch für uns ein Umsetzungsjahr. Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben des BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) und der Eichfristen der Zähler werden wir sukzessive intelligente Messsysteme bei unseren Kunden einsetzen.

Die ersten Prototypen werden im 1. Quartal 2026 kundenseitig ins Netz etabliert und wir werden das als wettbewerblicher Messstellenbetreiber sehr eng begleiten. Ziel ist es, diese Technologie in Zukunft bei allen Kunden einzusetzen.

Die neuen Standardverträge verändern 2026 die Transparenz im Messwesen. Was bedeutet diese Klarstellung aus Ihrer Sicht für Unternehmen und ihre Entscheidungsgrundlagen?

Jan-Oliver Heidrich: Die neuen Standardverträge sorgen für mehr Transparenz im Messwesen. Sie definieren klar, welche Leistungen der grundzuständige Messstellenbetreiber erbringt – und machen damit zugleich sichtbar, wo seine Grenzen liegen. Für viele

Unternehmen wird dadurch deutlich, dass die Grundzuständigkeit nicht automatisch das Modell ist, das ihren Anforderungen gerecht wird.

Gerade filialisierte Unternehmen bewegen sich in komplexen Strukturen: viele Zählpunkte, heterogene Anlagen, ein hoher Anspruch an belastbare und zeitnahe Energiedaten. In diesem Umfeld entsteht ein klarer Bedarf an Flexibilität, Datenhoheit und verlässlicher Steuerbarkeit – und genau dort bietet ein wettbewerblicher Messstellenbetreiber mehr Gestaltungsspielraum.

Wir merken deutlich, 2026 wird für viele zum Entscheidungsjahr.

Abschließend: Die Frage an die Energiepolitik

Zum Schluss wollten wir von beiden Geschäftsführern wissen, welche Frage sie der Energiepolitik angesichts der aktuellen Entscheidungen stellen würden.

Jan⊗Oliver Heidrich: Hat der CO⊗-Preis wirklich eine Lenkungswirkung? Oder macht er unsere Systeme – Heizen, Mobilität, Strom – nur teurer? Es ist ja so: wenn sich das Verhalten trotz hoher CO⊗-Preise nicht ändert, zahlen die Menschen mehr, haben weniger Geld für Konsum, und die Wirtschaft leidet. Dann haben wir klimapolitisch nichts gewonnen.

Dirk Mithöfer: Wollen wir langfristig in Erzeugungskapazitäten und Systemstabilität investieren – oder setzen wir dauerhaft auf

Preis⊗Subventionen für einzelne Branchen?

Derzeit werden vor allem große Industrieunternehmen entlastet. Das ist nachvollziehbar, lässt aber wichtige Bereiche außen vor. Handel und andere verbrauchernahe Branchen tragen hohe Energiekosten direkt zu den Endkunden. Wenn Strom politisch gesteuert wird, müssen Ziel und Adressaten eindeutig definiert sein. Unklare Lösungen schwächen am Ende Konsum, Wettbewerbsfähigkeit und Akzeptanz.